

GUATE-NETZ

Infobulletin Guatemala-Netz Zürich

2. Oktober 2017 Nr. 57

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Guatemala ist in Aufruhr. Die Ereignisse um Korruption und Straflosigkeit überschlagen sich und wie vor zwei Jahren geht das Volk wieder auf die Strasse. Es ist empört und gleichzeitig erfreut darüber, dass sich die Zivilgesellschaft in seiner Diversität zusammenfindet und sich als Souverän äussert. Der Kampf der Bevölkerung geht darum, dass sie die Staatsgewalt wieder zurückerhält, weil sie der willkürlichen Machtausübungen der politischen und ökonomischen Elite überdrüssig ist. Darüber schreibt Toni Steiner in seinem Bericht auf den Seiten 2 bis 3.

Wie Staatsgewalt willkürlich ausgeübt wird bei der Vertreibung einer ganzen Gemeinde im Petén, beschreibt der Bericht auf Seite 4. Auf Seite 5 stellen wir die indigene Menschenrechtsaktivistin

Lolita Chavez vor, welche uns im Oktober über die Risiken erzählen wird, denen sie als Menschenrechtsverteidigerin in Guatemala ausgesetzt ist.

Dass auch Schweizer Bergbauunternehmen in Guatemala tätig sind, wurden wir uns bei einer Recherche zum Mord an einen Fischer in El Estor bewusst. Auch in diesem Fall wird deutlich, bis zu welchem Grad die Staatsgewalt schon seit jeher zugunsten von wirtschaftlichen Interessen benutzt wird, und dass das Geschehen im fernen Guatemala auch uns betrifft und etwas angeht.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und danken Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung.

Barbara Klitzke



Foto: Carlos und Sandra Sebastian, nomada.gt

Guatemalas Nationalfeiertag: 15. September

Der Nationalfeiertag war dieses Jahr in Guatemala ein ganz besonderes Ereignis. Ursprünglich erinnert er an die Unabhängigkeitserklärung der weisen Oligarchie des Landes, die sich als Nachfahren der Eroberer betrachteten und sich am 15. September 1821 von der spanischen Krone lossagten. Vielleicht ist der diesjährige Nationalfeiertag aber ein Wendepunkt in der neueren Geschichte des Landes. Der Tag hat normalerweise in Guatemala sein eigenes Gepräge: In grösseren Städten gibt es Umzüge, wo Schülerinnen und Schüler in ihren Uniformen oder in ihren besten Kleidern in Reih und Glied durch die Hauptstrassen defilieren. In der Hauptstadt aber stellt sich die Nation ins Schaufenster. Vor dem ehemaligen Präsidentenpalast wird eine Tribüne aufgebaut, wo schon am Vorabend des Festes Ehrengarden und Kadetten vor dem Präsidenten vorbeimarschieren. Am Tag darauf sind dort auch Paraden von Sondereinheiten der Armee und festlich gekleideten Jugendlichen zu bestaunen.



Foto: nomada.gt

2017 verlief der Nationalfeiertag aber ganz anders. Was da geschah, hat seine Vorgeschichte. Am 22. August kam das Gerücht auf, Jimmy Morales, der Präsident der Republik, wolle den Generalsekretär der UNO bitten, den UNO-Beauftragten für die Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala (CICIG), Ivan Velásquez, zu entlassen. Morales hatte persönliche Gründe dafür. Er war im Herbst 2015 von einer kleinen, neuen Partei, deren Generalsekretär er war, ins Rennen um die Präsidentschaft geschickt worden. Diese Partei hatte gegenüber dem Obersten Wahlgericht keine Transparenz schaffen können, woher sie das viele Geld für den Wahlkampf bekommen hatte. Für Einnahmen und Ausgaben im guatemalteckischen Wahlkampf ist jeweils der Generalsekretär einer Partei verantwortlich. Deshalb beantragte die Generalstaatsanwaltschaft, gestützt auf die Untersuchungen der CICIG, dass Morales die Immunität als Präsident entzogen werden müsse, um ihn

gerichtlich befragen zu können. Nach dem guatemalteckischen Gesetz kann der Kongress die Immunität eines Präsidenten mit einer 2/3 Mehrheit aufheben. Das hatte der Kongress für den Vorgänger von Morales, Otto Pérez Molina, vor zwei Jahren getan. Am Montag, 11. September, 2017 kam es im Kongress ohne vorgängige Diskussion – die meisten Abgeordneten hatten die für die momentane Aufhebung der Immunität bis Sonntagnacht erarbeiteten Dokumente gar nicht gelesen – zur Abstimmung über die Aufhebung der Immunität. Sie wurde mit grosser Mehrheit verworfen. Der Präsident bedankte sich beim Kongress und bezeichnete die grosse Unterstützung der Abgeordneten als Ausdruck des reibungslosen Funktionierens der staatlichen Institutionen und der Einheit der Nation.

Aber gehen wir einen Schritt zurück: Morales war am 24. August tatsächlich nach New York geflogen, um mit dem Generalsekretär der UNO zu reden. Am 26. kam er zurück – offensichtlich unverrichteter Dinge. In der Frühe des Sonntagmorgens (27.8.) wandte er sich in einer kurzen Videobotschaft an die Nation, worin er Ivan Velásquez zur persona non grata erklärte und seine Ausweisung anordnete. Als Begründung gab er an, die CICIG müsse anders geführt werden und dürfe sich nicht länger in innere Angelegenheiten des Staates einmischen. Diesem Auftritt waren in den sozialen Medien und in wichtigen TV-Kanälen des Landes monatelang Verunglimpfungen und Lügenkampagnen gegen die intensive Untersuchungsarbeit der CICIG unter Velásquez und der Generalstaatsanwältin Thelma Aldana vorausgegangen. Die kritische Presse Guatemalas und führende Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft waren erschüttert über das Vorgehen des Präsidenten und kritisierten es öffentlich. Das Verfassungsgericht hob den Entscheid des Präsidenten auf, weil er nicht dem im Vertrag mit der UNO vorgesehenen Weg entsprochen hatte.

Auch die Parteien des Landes sowie ihre Kongressabgeordneten waren in den Radar der CICIG geraten. Die CICIG hatte nämlich ihre Untersuchungen hauptsächlich gegen die grassierende Korruption innerhalb der Parteien konzentriert. Gegen viele Abgeordnete laufen Verfahren. Zwei Tage vor dem Nationalfeiertag, am Mittwoch 13. September, brachte der Präsident des Kongresses zwei Gesetzesvorschläge zur Änderung des Strafrechts ein, die

Ex-Polizeichef Erwin Sperisen vorläufig freigelassen

als dringlich bezeichnet wurden. Das eine Gesetz hatte zum Inhalt, dass in Zukunft, aber auch rückwirkend, nicht mehr die Generalsekretäre der Parteien über die Finanzierung der Wahlkampagnen rechen-schaftspflichtig sind, sondern die Buchhalter. Das andere Gesetz besagt, dass Kriminelle für gewisse Straftaten, deren im Gesetz vorgesehene Strafen unter zehn Jahren Gefängnis liegen, diese in eine Geldstrafe umwandeln lassen können und so frei kommen. Ohne vorherige Diskussion kamen diese Gesetzesvorschläge zur Abstimmung und wurden mit grosser Mehrheit (107 : 19) angenommen. Das Ergebnis löste im Kongress heiteren Jubel aus.

Das brachte jedoch die Empörung der Bevölkerung zum Überlaufen. Menschen aus der Hauptstadt, aber auch aus den ländlichen Provinzen strömten schon am Vorabend des Nationalfeiertags auf den grossen Platz vor dem ehemaligen Präsidentenpalast. Die Abschränkungen, die von der Polizei für die Paraden aufgestellt worden waren, wurden niedergedrückt, die Tribüne des Präsidenten von Demonstrierenden besetzt. Andere verhinderten, dass auf dem grossen Platz die Landes-fahne gehisst werden konnte. Die ersten Gruppen von paradeschiebenden Polizeieinheiten verloren im Gewühl ihr Konzept, und der Präsident liess die Festlichkeiten zum Nationalfeiertag abblasen.

Am eigentlichen Nationalfeiertag, am 15. September, hatte der Kongress in aller Eile für 14 Uhr eine Sondersitzung einberufen, um die beiden Gesetze, die er zwei Tage vorher unter Applaus durchgewinkt hatte, zu widerrufen. Das machten die Abgeordneten dann auch. Aber das ganze Kongressgebäude war in der Zwischenzeit auf allen vier Seiten von unzähligen Demonstrierenden umstellt worden, die Abgeordneten sassen im Parlament fest.

Der Ruf nach einem grossen Ausmisten von Regierung und Kongress erschallt durchs ganze Land. Dass so nicht mehr weiterregiert werden kann, ist klar. Was wird in den nächsten Tagen, Wochen, Monaten geschehen? Die mafiösen Strukturen und Seilschaften werden sich nicht so rasch geschlagen geben. Aber die Hoffnung, dass der diesjährige Nationalfeiertag der Beginn einer Unabhängigkeit sein könnte, die alle einschliesst, Frauen und Männer, Städter und Bäuerinnen, Arme und Reiche, Indigene, Mestizen und Weisse, ist aufgeleuchtet wie der Sonnenaufgang an einem neuen Tag.

Toni Steiner

Der ehemalige Polizeichef von Guatemala wurde am 25. September vorläufig aus dem Gefängnis entlassen. Erwin Sperisen wurde im Juli 2015 in Genf zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe wegen Mordes verurteilt. Ihm wird vorgeworfen, dass er bei einem Gefängnisaufrast im Jahr 2005 sieben Häftlinge aussergerichtlich exekutierte und im Jahr darauf drei entflozene Häftlinge ermordet habe. In der Zeit von 2004 bis 2007 war Sperisen der Polizeichef in Guatemala.

Sperisen ist schweizerisch-guatemalteckischer Doppelbürger, war 2007 in die Schweiz geflüchtet und lebte unbehelligt in Genf, bis er 2012 verhaftet und vor Gericht gestellt wurde. Als Schweizer Bürger konnte er nicht ausgeliefert werden und das Verfahren wurde mittels eines Rechtshilfesuches in Genf aufgenommen.

Sperisen zog das Urteil an das Bundesgericht weiter. Dieses entschied nun, dass das Verfahren neu beurteilt werden müsse. Bis zur erneuten Verhandlung im November müsse der seit 2012 Inhaftierte freigelassen und bis zur Neuverhandlung unter Hausarrest gestellt werden.

Die Beschwerde wurde von den AnwältInnen von Sperisen eingereicht, nachdem die spanische Justiz im Februar den zur selben Zeit wie Sperisen amtierenden guatemalteckischen Innenminister Carlos Vielmann von dem Vorwurf freigesprochen hatte, die Tötung von acht Häftlingen angeordnet zu haben. Vielman ist spanisch-guatemalteckischer Doppelbürger. Ebenfalls von seiner Mittäterschaft freigesprochen wurde der damalige Vize-Polizeichef Javier Figueroa, der politisches Asyl in Österreich beantragt und erhalten hatte und sich dort dem Gericht stellen musste.

Die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) hat 2010 die Morde an Häftlinge im Gefängnisaufrast von 2005 untersucht und warf Sperisen deren Hinrichtung und die Bildung einer kriminellen Organisation vor. 2010 klagte die CICIG Sperisen, Vielman und Figueroa an.

Barbara Klitzke

Vertreibung im Petén

Seit vier Monaten leben über 400 Personen unter unmenschlichen Bedingungen in einem Zeltlager auf der mexikanischen Seite an der Grenze zu Guatemala im Petén. Sie flüchteten vor der Vertreibung durch Polizei und Militär, die von der guatemaltekischen Naturschutzbehörde den Auftrag erhielten, die Gemeinde aufzulösen.

Anfangs Juni las ich in einer guatemaltekischen Zeitung, dass die Naturschutzbehörde CONAP sich Land zurückholt, das von Bauern und Bäuerinnen in der Biosphäre Maya besetzt wurde. Vor fünf Jahren hätten 70 Familien illegal 70 Hektaren in Laguna Larga, nahe der mexikanischen Grenze besiedelt und würden auf einer Fläche von 10'000 Hektaren Felder bewirtschaften. Die zur Räumung eingesetzten Polizei- und Militärkräfte hätten das Dorf jedoch verlassen vorgefunden.

Ich glaubte dieser einseitigen Berichterstattung nicht und fand Berichte von mexikanischen Organisationen und der guatemaltekischen indigenen Presse, die die nach Campeche in Mexiko geflüchteten Menschen zu Wort kommen liessen. „Wir hörten, dass ein Richter den Räumungsbefehl bewilligt hatte und ein grosses Polizei- und Militäraufgebot zu uns unterwegs war. Wir sahen uns an die 1980er Jahre erinnert, als das Militär ländliche Gemeinden überfiel, unsere Häuser und Felder niederbrannte, Menschen und Tiere umbrachte. Darum entschlossen wir uns zu fliehen. Hier im Dorf El Desengaño (übersetzt: Die Enttäuschung) in Mexiko erhalten wir Unterstützung von der Bevölkerung und von sozialen Organisationen.“ Ihre Befürchtungen sollten sich bewahrheiten. Sowohl die Online-Publikation Plaza Pública im Juli wie auch der Interamerikanische Gerichtshof im August stellten fest, dass die Häuser niedergebrannt wurden. Auch wurden die Bauern und Bäuerinnen daran gehindert, auf ihren Feldern zu ernten. Fakt ist, dass die Familien im Jahr 2000 aus Izabal, dem Altiplano und Chiquimula zugewandert sind. Viele wurden dort schon von ihrem Land vertrieben. Sie leben am Existenzminimum von ihren kleinen Mais- und Bohnenfeldern, die sicherlich nicht 10'000 Hektaren umfassen. Erst 2005 meldete sich CONAP bei den Familien und hielt fest, dass sie sich illegal in Laguna Larga aufhielten. Nach einem Dia-

log anerkannte die Naturschutzbehörde 2008 die Gemeinde. Als die Regierung 2015 am Klimagipfel in Paris mit den Umweltorganisationen Wildlife Conservancy Society und Rainforest Alliance das Projekt Guatecarbon zur Reduktion des CO₂-Ausstosses durch Aufhalten der Abholzung vorstellte, begann der Kampf um das Territorium und um das Millionen-Geschäft mit dem CO₂-Emissionshandel, an dem sich die Weltbank, die Interamerikanische Entwicklungsbank und die US-amerikanische Entwicklungsagentur USAid finanziell beteiligten. Fortan erklärt CONAP die Gemeinde wieder als illegal und strebte ihre Räumung an. Zudem wurde die kleine Gemeinde kriminalisiert und das Gerücht in die Welt gesetzt, sie würden mit dem Drogenhandel Geschäfte machen. Die 98 Familien aus Laguna Larga hatten keine Chance.

Die Interamerikanische Menschenrechtskommission hielt in ihrem Bericht zur Situation der gewalttätigen Räumungen fest, dass Agroindustrie- und Rohstoffunternehmen in den letzten Jahren grosse Bevölkerungsteile vertrieben hätten bzw. sie durch Usurpationsanschuldigungen kriminalisieren würden, falls sie ihr Land verteidigen und sich zu gehen weigerten. Es gäbe zurzeit 257'000 intern vertriebene Menschen in Guatemala. Räumungen würden nicht angekündigt und durch Polizei, Militär und Naturschutzbehörde gewalttätig durchgeführt. Die Räumungsaktion in Laguna Larga sei von 1'500 Polizisten und 300 Soldaten durchgeführt worden. Derweil nutze das Militär die Schule der Gemeinde als Kaserne. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte, CIDH, empfiehlt dem guatemaltekischen Staat das Recht auf Würde, auf Leben und die Sicherheit der Vertriebenen zu garantieren. Zumindest müsse der Zugang zu Ernährung, Trinkwasser, Unterkunft, Kleidung, medizinischer Versorgung und der Zugang zur Justiz gewährleistet werden.

Nun sind es vier Monate, in denen die 450 Personen aus Laguna Larga unter menschenunwürdigen Bedingungen überleben. Der guatemaltekische Staat sieht sich nicht in der Pflicht.

Barbara Klitzke

Lolita Chávez und der Kampf um die Wälder

Aura Lolita Chávez Ixcaquic, genannt Lolita, ist eine Maya aus dem Volk der K'iche' und eine Menschenrechtsverteidigerin aus Santa Cruz del Quiché, Guatemala. Lolita ist eine der Führungspersonen des "Consejo de los Pueblos K'iche' por la Defensa de la Vida, Madre Naturaleza, Tierra y Territorio - CPK" (Rates des Volkes Quiché für die Verteidigung des Lebens, der Mutter Erde, des Landes und des Territoriums). Der CPK koordiniert den Dialog innerhalb der Bevölkerung und organisiert Gemeindegemeinschaftskonsultationen und kollektive Aktionen gegen Menschenrechtsverletzungen, die im Zusammenhang mit Bergbau-, Staudamm- sowie Agroindustrieprojekten in ihren Territorien begangen werden. Die lokale Bevölkerung wird dabei weder vorgängig konsultiert, noch werden irgendwelche Umwelt- oder Nachhaltigkeitsstandards berücksichtigt. So werden diese Projekte nicht nur eine Bedrohung für die Natur, sondern auch für die Menschen, in deren Territorium sie realisiert werden: Verschmutzung von Luft und Wasser durch toxischen Metallstaub, Umleitung von Gewässern, Holzschlag im grossen Stil, um überhaupt in die Gebiete vorzudringen, sind nur einige der offensichtlichsten Auswirkungen solcher Projekte. Die meisten Leute in der Region leben von Subsistenzwirtschaft und haben nun zu wenig Wasser für ihre Pflanzungen und zum Trinken. Lolita organisierte ein Gemeindeferendum zum Thema "Entwicklung" in Santa Cruz del Quiché, und die Bevölkerung stimmte mit überwältigender Mehrheit "NEIN" zu jeglicher Form von industrieller Entwicklung in ihrem Territorium.

Ein spezielles Problem im Quiché ist der illegale Holzschlag, den zu unterbinden eigentlich die Aufgabe des Nationalen Instituts für Wald, INAB, wäre. Lolita und der CPK denunzierten öffentlich die Korruption rund um den illegalen Holzschlag. Sie zeigten die Vermischung auf zwischen alten militärischen und paramilitärischen Strukturen aus den schlimmsten Zeiten der Repression und heutigen ParteifunktionärInnen, öffentlichen Angestellten sowie nationalen und transnationalen Unternehmen. Alle profitieren sie von der Ausbeutung der Ressourcen und vom illegalen Holzschlag - ausser der indigenen Bevölkerung. Wegen ihres Engagements gegen unerwünschte und unregulierte Ressourcenausbeutung erhielt

Lolita zahlreiche Einschüchterungsversuche, Angriffe und Drohungen. Indigene Frauen setzen sich einem enormen Risiko aus, wenn sie sich gegen mächtige Unternehmen stellen und ihre Rechte als Indigene und als Frauen einfordern. Lolita und andere Frauen, die Aktionen des gewaltfreien Widerstands anführen, werden von ihren GegnerInnen oft als "Öko-Terroristinnen" oder als "entwicklungsfeindlich" gebrandmarkt. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission ordnete Vorkehrungen an zum Schutz von Lolitas Leben, und sie erhielt Bodyguards zur Seite gestellt. Doch wie sich zeigte, war dieser Schutz ungenügend.

Als indigene Frau kämpft Lolita nicht nur gegen ausbeuterische, häufig transnationale Wirtschaftsprojekte, sondern thematisiert auch die patriarchalen und kulturell-religiösen Strukturen, die zur Unterdrückung der Frauen innerhalb der indigenen Gemeinschaften beitragen. Sie gehört zu einem Netzwerk von Frauen, die sich dem "feminismo comunitario indígena" zugehörig fühlen. Sie analysieren und kritisieren die Verflechtung von historisch und kulturell begründetem und durch neoliberale Wirtschaftsformen, Kolonialismus und Rassismus zementiertem Patriarchat, das sich auf die Ausbeutung der Territorien "Land" und "weiblicher Körper" stützt. Die "feministas comunitarias indígenas" belassen es nicht bei der Kritik, sondern setzen sich mit den diversen Formen von Gewalt auseinander, um sie zu überwinden und die Opferrolle zu verlassen und zu handelnden Subjekten zu werden. Wichtig dabei ist, sich als Teil eines Kollektivs zu fühlen, zu dem nicht nur die Mitstreiterinnen und die Ahninnen, sondern auch die Natur gehört.

Diese Kraft hilft Lolita auch jetzt, wo sie im erzwungenen Exil lebt. Am 7. Juni 2017 wurden sie und andere Mitglieder des CPK von zehn bewaffneten Männern verfolgt, eingeschüchtert und bedroht, als sie einen mit illegal gefälltem Holz beladenen Lastwagen zu den Behörden von St. Cruz del Quiché bringen und anzeigen wollten. Die Bedrohungslage wurde für Lolita so gefährlich, dass sie sich im Sommer 2017 entschied, zusammen mit ihrem Sohn vorübergehend das Land zu verlassen.

Barbara Müller

Tod und Umweltschäden in der Nickelmine Fénix

Am 27. Mai wurde in El Estor, Departamento Izabal, der 27jährige Fischer Carlos Maaz Coc vor der Einfahrt zur Nickelmine Fénix von der Polizei erschossen. Die Nickelmine wird seit Jahrzehnten mit Landkonflikten, Repression, Vergewaltigungen, Morden und vor allem mit einer erheblichen Benachteiligung der indigenen Gemeinschaften Q'eqchi' in Verbindung gebracht. Seit 2011 ist das Schweizer Bergbauunternehmen Solway Investment Group GmbH mit Sitz in Zug die Besitzerin der Nickelmine und betreibt die Raffinerie unter dem Namen CGN/ProNiCo. Mit dem Mord an dem Fischer nehmen die Konflikte um die Nickelmine wieder Ausmasse an, die den sozialen Frieden und das Überleben der lokalen Bevölkerung gefährden.

Anfangs Mai hatte die Fischerzunft von El Estor ein Fischsterben und rötliche Verschmutzungen im See Izabal bemerkt und bei der zuständigen Behörde Anzeige wegen der Kontamination des Sees eingereicht. In der Anzeige forderte die Fischerzunft, die Ursachen für die Vergiftung zu klären sowie zu ermitteln, welche Rolle die Aktivitäten der Nickelmine und –raffinerie CGN/ProNiCo und die giftigen Abwässer des Palmölproduzenten Naturaceites spielen.

Dieser Aktion gingen Proteste der Fischer von El Estor voraus, zu denen das Bergbauunternehmen und die verantwortlichen Regierungsstellen keine Stellung bezogen. Die Fischer blockierten die Zufahrt zur Mine, und es fanden Sitzungen zwischen ihnen und den lokalen, regionalen und nationalen Behörden statt. Am 13. Mai wurde beschlossen, dass das Bergbauunternehmen eine Evaluation der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie Studien zur Kontamination des Sees vorlegen werde. Dafür wurde der 27. Mai als nächster Termin festgelegt.

Die Ereignisse vom 27. Mai 2017

Die Fischer erfuhren jedoch am Abend des 27. Mai über Umwege, dass die Versammlung nicht in El Estor, sondern im 40 km entfernten Rio Dulce stattfinden würde. Sie waren konsterniert: die Nachricht wurde nicht an sie direkt gerichtet, sie hatten nicht mit einer solch kurzfristigen Umdisponierung gerechnet und hatten weder Flexibilität noch Ressourcen, um am nächsten Mor-

gen allesamt nach Rio Dulce fahren zu können. Deswegen beratschlagten sie am nächsten Morgen das weitere Vorgehen. Als bis Mittag wirklich niemand von der Dialogrunde erschien, versammelten sich die Fischer, um die Einfahrt zur Mine zu blockieren und damit gegen den Abbruch des Dialogs zu protestieren.

Bald erschienen Polizisten in Kampfmontur und begannen, mit Tränengas gegen die unbewaffnete und friedliche Gruppe der Fischer und BewohnerInnen von El Estor zu schießen. Mehrere Personen wurden durch Schüsse in den Rücken verletzt. Als sich die Gaswolke auflöste und keine Schüsse mehr fielen, sah man einen Mann regungslos auf dem Boden liegen. Als die Fischer versuchten den Mann zu bergen, begann die Polizei wieder zu schießen. Nach langen Minuten erhoben einige Männer die Hände, riefen den Polizisten zu, sie sollen nicht schießen und näherten sich dem auf dem Boden liegenden Mann. Sie konnten nur noch seinen Tod feststellen. Erst daraufhin begann die Menschenmenge, Steine nach den sich zurückziehenden Polizisten zu werfen. Die Ereignisse überstürzten sich, einige warteten auf die Staatsanwaltschaft und Gerichtsmedizin, auf dass sie den Toten untersuchten. Später wurden im Dorf die Polizeistation und das Haus des Bürgermeisters in Brand gesetzt. Der 27jährige Fischer Carlos Maaz Coc wurde am nächsten Tag beerdigt, ohne dass Tatort und Beweise für den Angriff der Polizei gesichert wurden.

Komplizierte Besitzverhältnisse

Der Nickelabbau in El Estor existiert seit den 1950er Jahren. 1978 fand in Panzós ein Massaker statt. Die Bauern der Region hatten sich wegen des Landraubs durch Grossgrundbesitzer zusammengetan und forderten von den Behörden die Klärung des Bodenbesitzes. Seit jenem Massaker waren die Gemeinden des Tals Polochic der Repression ausgesetzt, AnführerInnen wurden ermordet und die Indigenen vertrieben. Die damalige Besitzerin EXMIBAL, ein Subunternehmen von INCO Ltd., schloss die Mine 1982, nachdem der Nickelpreis um 80% gesunken war. Die Giftabfälle verblieben in der Region. 2004 verkaufte INCO Ltd. an die kanadische Skye Resources. 2008 gründete Skye Resources die Compañía Guatemalteca de Niquel, CGN, und

Dorfbewohnerinnen auf dem Weg zum Markt, kurz vor des Angriffs der Polizei auf die Fischer am 27. Mai 2017

Foto: Marie Peretti



begann erneut mit dem Nickelabbau. War die Nickelmine über längere Zeit in Besitz von verschiedenen kanadischen Bergbauunternehmen, ist nun seit 2011 die Solway Group die Besitzerin der CGN. 2014 wurde die Nickelraffinerie Procesadora de Niquel de Izabal SA, ProNiCo, eröffnet.

Die Bergbauprojekte führten zu sozialen und Umweltprotesten. Es kam zu Spaltungen der indigenen Gemeinden in BefürworterInnen und GegnerInnen des Bergbaus. Schon 2005 schrieben zwanzig indigene Gemeinden einen Brief an den Präsidenten, das Bergbauministerium und Skye Resources, in dem sie protestierten, weil sie nie zur Konzessionsvergabe konsultiert wurden, welche die Aneignung von indigenem Land und eine massive Abholzung zur Folge hatte. Bei einer gewalttätigen Landräumung einer der Gemeinden auf dem von CGN beanspruchten Land wurden 2007 22 indigene Frauen durch das Sicherheitspersonal des Bergbauunternehmens vergewaltigt. Zwei Jahre später wurde bei der gewaltsamen Auflösung einer Demonstration gegen die Vertreibung der Gemeinden der Gemeindeführer Adolfo Ich ermordet und Germán Chub erlitt Verletzungen, die zu einer Querschnittlähmung führten. Gegen die damalige kanadische Besitzerin der Mine, Hudbay Minerals, wurden 2013 drei Verfahren in Kanada angestrengt. Im kommenden November werden elf der vergewaltigten Frauen als Klägerinnen zu einer Befragung nach Kanada reisen. Angélica Choc, die Witwe von Adolfo Ich, und Germán Chub führen auch in Guatemala eine Klage gegen den damaligen Sicherheitschef von

CGN. Nach langen zwei Jahren von Verschleppung und rassistischen Angriffen sprach die Richterin den Mörder im April frei und reichte eine Anzeige gegen die KlägerInnen ein. Mitte September 2017 hob das Appellationsgericht das Urteil auf und verlangt den Beginn eines neuen Verfahrens. Seit dem Mord am Fischer Carlos Maaz Coc im Mai wurden elf Haftbefehle gegen Mitglieder der Fischerzunft ausgestellt. Seit Mai können die Fischer nicht mehr ihrer Arbeit nachgehen, weil sie von der Polizei verfolgt werden und Angst haben, verhaftet zu werden. Sie reichten eine Gegenklage gegen das Bergbauunternehmen ein und müssen immer wieder beim Gericht vorstellig werden.

Die Strategien der Unternehmen gegen die lokale Bevölkerung gleichen sich über alle Kontinente hinweg. Es werden Verträge mit der Zentralregierung geschlossen, die Lokalbevölkerung wird weder informiert noch konsultiert und wird gewalttätig vertrieben. Auf Dialogversuche wird nicht eingegangen, es werden einige BefürworterInnen gewonnen, welche die Gemeinden spalten, friedliche Proteste werden kriminalisiert und lokale FührerInnen mit erfundenen Delikten ins Gefängnis gebracht. Bis 2011 war das kanadische Bergbauunternehmen Hudbay Besitzerin der Nickelmine. Nun ist es eine GmbH mit Sitz in der Schweiz, die ebenso agiert und die verarmte Bevölkerung übergeht und kriminalisiert. Auf ein Protestschreiben der Guatemalanetze Zürich, Bern und Multi Watch hat die Firma bisher nicht reagiert.

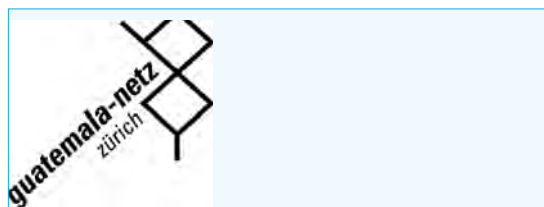
Barbara Klitzke

Treffen mit dem Schweizer Botschafter aus Guatemala

Am 25. August kam es in Bern zu einem Treffen der im „Schweizer Forum für Menschenrechte und Frieden in Guatemala und Honduras“ zusammengeschlossenen Schweizer NGOs mit Botschafter Benz und anderen VertreterInnen eidgenössischer Behörden. Es hat sich dabei gezeigt, dass das Engagement der in diesen Ländern engagierten zivilgesellschaftlichen Organisationen zu Fragen der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit beim Bund durchaus ernstgenommen und geschätzt wird.

Delegationsreise von Februar 2018

Die Delegationsreise der Guatemala-Netze Zürich und Bern kommt sicher zustande. An einer Informationsveranstaltung für Interessierte waren mehr Leute anwesend als mitreisen können. Ausrichtung und Programm der Reise fanden viel Zustimmung.



Impressum:

Nr. 57, 2. Oktober 2017

Erscheint 2-4 mal jährlich

Herausgegeben von: Guatemala-Netz Zürich

<http://www.guatemalanetz-zuerich.ch>

mailto: info@guatemalanetz-zuerich.ch

Redaktion und Layout: Barbara Klitzke

Administration: Silvia Brennwald

Josefstrasse 172, 8005 Zürich

mailto: silvia.brennwald@bluewin.ch

PC 87-674612-1

IBAN CH90 0900 0000 8767 4612 1

Veranstaltungen

Montag 30. Oktober, 19.00 Uhr: Lolita Chavez, Maya-Kiche', Menschenrechtsaktivistin, spricht im h7, Hirschengraben 7 (s. beiliegender Flyer).

Sonntag, 10. Dezember 2017, 11.30 Uhr, im Kino Riffraff, Neugasse 57/63, Zürich.

Film: "500 Años" von Pamela Yates
(Spanisch mit englischen Untertiteln).

Anschliessend Diskussion mit dem in Guatemala lebenden Menschenrechtsanwalt Miguel Moerth.

Vom historischen Genozid-Prozess gegen General Ríos Montt bis zur Amtsenthebung von Präsident Otto Pérez Molina erzählt der Film die Geschichte des wachsenden Widerstandes gegen die jüngsten Ereignisse in Guatemala. Eingenommen wird dabei die Perspektive der indigenen Maya-Bevölkerung, die sich selbst sicher an der Neugestaltung der Gesellschaft beteiligt.

Organisiert von Peace Watch Switzerland und dem Zentrum für Lateinamerikastudien Uni Zürich, in Zusammenarbeit mit dem Human Right Film Festival Zurich

Urteil gegen Mörder von Adolfo Ich aufgehoben

Mitte September annullierte ein Beschwerdegericht das Urteil, das den ehemaligen Sicherheitschefs der Compañía Guatemalteca de Niquel (CGN), dazumal im Besitz des kanadischen Bergbauunternehmens Hudbay Minerals freisprach. Im letzten Bulletin Nr. 56 berichteten wir, wie der Mörder von Adolfo Ich Chamán, dem Ehemann von Angélica Choc freigesprochen wurde. Nun wird gegen Mynor Padilla, dem ehemaligen Sicherheitschef von CGN ein neues Verfahren wegen Mordes an Adolfo Ich im Jahr 2009 und versuchter Tötung von Germán Chub eröffnet.